



Nähere Angaben zur Bank sind im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ enthalten.

Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Basislastschriftverfahren

Für Zahlungen des Kunden an Zahlungsempfänger mittels SEPA-Basislastschrift über sein Konto bei der Bank gelten folgende Bedingungen.

1 Allgemein

1.1 Begriffsbestimmung

Eine Lastschrift ist ein vom Zahlungsempfänger ausgelöster Zahlungsvorgang zu Lasten des Kontos des Kunden, bei dem die Höhe des jeweiligen Zahlungsbetrags vom Zahlungsempfänger angegeben wird.

1.2 Entgelte und deren Änderungen

1.2.1 Entgelte für Verbraucher

Die Entgelte im Lastschriftverkehr ergeben sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“.

Änderungen der Entgelte im Lastschriftverkehr werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart, können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Kunden gerichtet ist, kann die Bank mit dem Kunden nur ausdrücklich treffen.

Die Änderung von Entgelten für den Zahlungsdiensterahmenvertrag (Girovertrag) richtet sich nach Nummer 12 Absatz 5 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

1.2.2 Entgelte für Kunden, die keine Verbraucher sind

Für Entgelte und deren Änderung für Zahlungen von Kunden, die keine Verbraucher sind, verbleibt es bei den Regelungen in Nummer 12 Absätze 2 bis 6 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

2 SEPA-Basislastschrift

2.1 Allgemein

2.1.1 Wesentliche Merkmale des SEPA-Basislastschriftverfahrens

Mit dem SEPA-Basislastschriftverfahren kann der Kunde über die Bank an den Zahlungsempfänger Zahlungen in Euro innerhalb des Gebiets des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums („Single Euro Payments Area“, SEPA) bewirken. Zur SEPA gehören die im Anhang genannten Staaten und Gebiete.

Für die Ausführung von Zahlungen mittels SEPA-Basislastschriften muss

- der Zahlungsempfänger und dessen Zahlungsdienstleister das SEPA-Basislastschriftverfahren nutzen und
- der Kunde vor dem Zahlungsvorgang dem Zahlungsempfänger das SEPA-Lastschriftmandat erteilen.

Der Zahlungsempfänger löst den jeweiligen Zahlungsvorgang aus, indem er über seinen Zahlungsdienstleister der Bank die Lastschriften vorlegt.

Der Kunde kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPA-Basislastschrift binnen einer Frist von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastungsbuchung auf seinem Konto von der Bank die Erstattung des belasteten Lastschriftbetrags verlangen.

2.1.2 Kundenkennungen

Für das Verfahren hat der Kunde die ihm mitgeteilte IBAN¹ und bei grenzüberschreitenden Zahlungen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums² zusätzlich den BIC³ der Bank als seine Kundenkennung gegenüber dem Zahlungsempfänger zu verwenden, da die Bank berechtigt ist, die Zahlung aufgrund der SEPA-Basislastschrift ausschließlich auf Grundlage der ihr übermittelten Kundenkennung auszuführen. Die Bank und die weiteren beteiligten Stellen führen die Zahlung an den Zahlungsempfänger anhand der im Lastschriftdatensatz vom Zahlungsempfänger als dessen Kundenkennung angegebenen IBAN und bei grenzüberschreitenden Zahlungen außerhalb des EWR zusätzlich angegebenen BIC aus.

2.1.3 Übermittlung von Lastschriftdaten

Bei SEPA-Basislastschriften können die Lastschriftdaten auch über das Nachrichtenübermittlungssystem der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) mit Sitz in Belgien und Rechenzentren in der Europäischen Union, in der Schweiz und in den USA weitergeleitet werden.

2.2 SEPA-Lastschriftmandat

2.2.1 Erteilung des SEPA-Lastschriftmandats (SEPA Direct Debit Mandate)

Der Kunde erteilt dem Zahlungsempfänger ein SEPA-Lastschriftmandat. Damit autorisiert er gegenüber seiner Bank die Einlösung von SEPA-Basislastschriften des Zahlungsempfängers. Das Mandat ist schriftlich oder in der mit seiner Bank vereinbarten Art und Weise zu erteilen. In dieser Autorisierung ist zugleich die ausdrückliche Zustimmung enthalten, dass die am Lastschritteinzug beteiligten Zahlungsdienstleister und etwaige zwischengeschaltete Stellen die für die Ausführung der Lastschrift notwendigen personenbezogenen Daten des Kunden abrufen, verarbeiten, übermitteln und speichern.

In dem SEPA-Lastschriftmandat müssen die folgenden Erklärungen des Kunden enthalten sein:

- Ermächtigung des Zahlungsempfängers, Zahlungen vom Konto des Kunden mittels SEPA-Basislastschrift einzuziehen, und
- Weisung an die Bank, die vom Zahlungsempfänger auf sein Konto gezogenen SEPA-Basislastschriften einzulösen.

Das SEPA-Lastschriftmandat muss folgende Autorisierungsdaten enthalten:

- Bezeichnung des Zahlungsempfängers,
- eine Gläubigeridentifikationsnummer,
- Kennzeichnung als einmalige oder wiederkehrende Zahlung,
- Name des Kunden (sofern verfügbar),
- Bezeichnung der Bank des Kunden und
- seine Kundenkennung (siehe Nummer 2.1.2).

Über die Autorisierungsdaten hinaus kann das Lastschriftmandat zusätzliche Angaben enthalten.

2.2.2 Einzugsermächtigung als SEPA-Lastschriftmandat

Hat der Kunde dem Zahlungsempfänger eine Einzugsermächtigung erteilt, mit der er den Zahlungsempfänger ermächtigt, Zahlungen von

¹International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).

²Mitgliedsstaaten siehe Anhang.

³Bank Identifier Code (Bank-Identifizierungscode).

seinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen, weist er zugleich damit die Bank an, die vom Zahlungsempfänger auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mit der Einzugsermächtigung autorisiert der Kunde gegenüber seiner Bank die Einlösung von Lastschriften des Zahlungsempfängers. Diese Einzugsermächtigung gilt als SEPA-Lastschriftmandat. Sätze 1 bis 3 gelten auch für vom Kunden vor dem Inkrafttreten dieser Bedingungen erteilte Einzugsermächtigungen.

Die Einzugsermächtigung muss folgende Autorisierungsdaten enthalten:

- Bezeichnung des Zahlungsempfängers,
- Name des Kunden,
- Kundenkennung nach Nummer 2.1.2 oder Kontonummer und Bankleitzahl des Kunden.

Über die Autorisierungsdaten hinaus kann die Einzugsermächtigung zusätzliche Angaben enthalten.

2.2.3 Widerruf des SEPA-Lastschriftmandats

Das SEPA-Lastschriftmandat kann vom Kunden durch Erklärung gegenüber dem Zahlungsempfänger oder seiner Bank – möglichst schriftlich – mit der Folge widerrufen werden, dass nachfolgende Zahlungsvorgänge nicht mehr autorisiert sind.

Erfolgt der Widerruf gegenüber der Bank, wird dieser ab dem auf den Eingang des Widerrufs folgenden Geschäftstag gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ wirksam. Zusätzlich sollte dieser auch gegenüber dem Zahlungsempfänger erklärt werden, damit dieser keine weiteren Lastschriften einzieht.

2.2.4 Begrenzung und Nichtzulassung von SEPA-Basislastschriften

Der Kunde kann der Bank gesondert die Weisung erteilen, Zahlungen aus SEPA-Basislastschriften zu begrenzen oder nicht zuzulassen. Diese Weisung muss der Bank bis spätestens zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ vor dem im Datensatz der Lastschrift angegebenen Fälligkeitstag zugehen. Diese Weisung sollte möglichst schriftlich und möglichst gegenüber der kontoführenden Stelle der Bank erfolgen. Zusätzlich sollte diese auch gegenüber dem Zahlungsempfänger erklärt werden.

2.3 Einzug der SEPA-Basislastschrift auf Grundlage des SEPA-Lastschriftmandats durch den Zahlungsempfänger

- (1) Das vom Kunden erteilte SEPA-Lastschriftmandat verbleibt beim Zahlungsempfänger. Dieser übernimmt die Autorisierungsdaten und setzt etwaige zusätzliche Angaben in den Datensatz zur Einziehung von SEPA-Basislastschriften. Der jeweilige Lastschriftbetrag wird vom Zahlungsempfänger angegeben.
- (2) Der Zahlungsempfänger übermittelt elektronisch den Datensatz zur Einziehung der SEPA-Basislastschrift unter Einschaltung seines Zahlungsdienstleisters an die Bank als Zahlstelle. Dieser Datensatz verkörpert auch die Weisung des Kunden an die Bank zur Einlösung der jeweiligen SEPA-Basislastschrift (siehe Nummer 2.2.1 Sätze 2 und 4 beziehungsweise Nummer 2.2.2 Satz 2). Für den Zugang dieser Weisung verzichtet die Bank auf die für die Erteilung des SEPA-Lastschriftmandats vereinbarte Form (siehe Nummer 2.2.1 Satz 3).

2.4 Zahlungsvorgang aufgrund der SEPA-Basislastschrift

2.4.1 Belastung des Kontos des Kunden mit dem Lastschriftbetrag

- (1) Eingehende SEPA-Basislastschriften des Zahlungsempfängers werden am im Datensatz angegebenen Fälligkeitstag mit dem vom Zahlungsempfänger angegebenen Lastschriftbetrag dem Konto des Kunden belastet. Fällt der Fälligkeitstag nicht auf einen im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesenen Geschäftstag der Bank, erfolgt die Kontobelastung am nächsten Geschäftstag.
- (2) Eine Kontobelastung erfolgt nicht oder wird spätestens am zweiten Bankarbeitstag⁴ nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht (siehe Nummer 2.4.2), wenn
 - der Bank ein Widerruf des SEPA-Lastschriftmandats gemäß Nummer 2.2.3 zugegangen ist,
 - der Kunde über kein für die Einlösung der Lastschrift ausreichendes Guthaben auf seinem Konto oder über keinen ausreichenden Kredit verfügt (fehlende Kontodeckung); Teileinzahlungen nimmt die Bank nicht vor,
 - die im Lastschriftmandatsatz angegebene IBAN des Zahlungspflichtigen keinem Konto des Kunden bei der Bank zuzuordnen ist, oder

- die Lastschrift nicht von der Bank verarbeitbar ist, da im Lastschriftmandatsatz
 - eine Gläubigeridentifikationsnummer fehlt oder für die Bank erkennbar fehlerhaft ist,
 - eine Mandatsreferenz fehlt,
 - ein Ausstellungsdatum des Mandats fehlt oder
 - kein Fälligkeitstag angegeben ist.

- (3) Darüber hinaus erfolgt eine Kontobelastung nicht oder wird spätestens am zweiten Bankarbeitstag nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht (siehe Nummer 2.4.2), wenn dieser SEPA-Basislastschrift eine gesonderte Weisung des Kunden nach Nummer 2.2.4 entgegensteht.

2.4.2 Einlösung von SEPA-Basislastschriften

SEPA-Basislastschriften sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung auf dem Konto des Kunden nicht spätestens am zweiten Bankarbeitstag nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird.

2.4.3 Unterrichtung über die Nichtausführung oder Rückgängigmachung der Belastungsbuchung oder Ablehnung der Einlösung

Über die Nichtausführung oder Rückgängigmachung der Belastungsbuchung (siehe Nummer 2.4.1 Absatz 2) oder die Ablehnung der Einlösung einer SEPA-Basislastschrift (siehe Nummer 2.4.2) wird die Bank den Kunden unverzüglich, spätestens bis zu der gemäß Nummer 2.4.4 vereinbarten Frist unterrichten. Dies kann auch auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg geschehen. Dabei wird die Bank, soweit möglich, die Gründe sowie die Möglichkeiten angeben, wie Fehler, die zur Nichtausführung, Rückgängigmachung oder Ablehnung geführt haben, berichtigt werden können.

Für die berechtigte Ablehnung der Einlösung einer autorisierten SEPA-Basislastschrift wegen fehlender Kontodeckung (siehe Nummer 2.4.1 Absatz 2 zweiter Spiegelstrich) berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

2.4.4 Ausführung der Zahlung

- (1) Die Bank ist verpflichtet sicherzustellen, dass der von ihr dem Konto des Kunden aufgrund der SEPA-Basislastschrift des Zahlungsempfängers belastete Lastschriftbetrag spätestens innerhalb der im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Ausführungsfrist beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht.
- (2) Die Ausführungsfrist beginnt an dem im Lastschriftmandatsatz angegebenen Fälligkeitstag. Fällt dieser Tag nicht auf einen Geschäftstag gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ der Bank, so beginnt die Ausführungsfrist am darauf folgenden Geschäftstag.
- (3) Die Bank unterrichtet den Kunden über die Ausführung der Zahlung auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg und in der vereinbarten Häufigkeit.

2.5 Erstattungsanspruch des Kunden bei einer autorisierten Zahlung

- (1) Der Kunde kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPA-Basislastschrift binnen einer Frist von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastungsbuchung auf seinem Konto von der Bank ohne Angabe von Gründen die Erstattung des belasteten Lastschriftbetrags verlangen. Dabei bringt sie das Konto wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die Belastung durch die Zahlung befunden hätte. Etwaige Zahlungsansprüche des Zahlungsempfängers gegen den Kunden bleiben hiervon unberührt.
- (2) Der Erstattungsanspruch nach Absatz 1 ist ausgeschlossen, sobald der jeweilige Betrag der Lastschriftbelastungsbuchung durch eine ausdrückliche Genehmigung des Kunden unmittelbar gegenüber der Bank autorisiert worden ist.
- (3) Erstattungsansprüche des Kunden bei einer nicht erfolgten oder fehlerhaft ausgeführten autorisierten Zahlung richten sich nach Nummer 2.6.2.

2.6 Erstattungs-, Berichtigungs- und Schadensersatzansprüche des Kunden

2.6.1 Erstattung bei einer nicht autorisierten Zahlung

Im Fall einer vom Kunden nicht autorisierten Zahlung hat die Bank gegen den Kunden keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Sie ist verpflichtet, dem Kunden den von seinem Konto abgebuchten Lastschriftbetrag zu erstatten. Dabei bringt sie das Konto wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die Belastung durch die nicht autorisierte Zahlung befunden hätte. Diese Verpflichtung ist spätestens bis zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leis-

⁴Bankarbeitstage sind alle Werktage außer: Sonnabende, 24. und 31. Dezember.

tungsverzeichnis“ zu erfüllen, der auf den Tag folgt, an welchem der Bank angezeigt wurde, dass die Zahlung nicht autorisiert ist oder die Bank auf andere Weise davon Kenntnis erhalten hat. Hat die Bank einer zuständigen Behörde berechnete Gründe für den Verdacht, dass ein betrügerisches Verhalten des Kunden vorliegt, schriftlich mitgeteilt, hat die Bank ihre Verpflichtung aus Satz 2 unverzüglich zu prüfen und zu erfüllen, wenn sich der Betrugsverdacht nicht bestätigt.

2.6.2 Ansprüche bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung von autorisierten Zahlungen

- (1) Im Falle einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Zahlung kann der Kunde von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Lastschriftbetrags insoweit verlangen, als die Zahlung nicht erfolgt oder fehlerhaft war. Die Bank bringt dann das Konto wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne den fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang befunden hätte.
- (2) Der Kunde kann über den Anspruch nach Absatz 1 hinaus von der Bank die Erstattung derjenigen Entgelte und Zinsen verlangen, die die Bank ihm im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung der Zahlung in Rechnung gestellt oder mit denen sie das Konto des Kunden belastet hat.
- (3) Geht der Lastschriftbetrag beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers erst nach Ablauf der Ausführungsfrist in Nummer 2.4.4 Absatz 2 ein (Verspätung), kann der Zahlungsempfänger von seinem Zahlungsdienstleister verlangen, dass dieser die Gutschrift des Lastschriftbetrags auf dem Konto des Zahlungsempfängers so vornimmt, als sei die Zahlung ordnungsgemäß ausgeführt worden.
- (4) Wurde ein Zahlungsvorgang nicht oder fehlerhaft ausgeführt, wird die Bank auf Verlangen des Kunden den Zahlungsvorgang nachvollziehen und den Kunden über das Ergebnis unterrichten.

2.6.3 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung

- (1) Bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung einer autorisierten Zahlung oder bei einer nicht autorisierten Zahlung kann der Kunde von der Bank einen Schaden, der nicht bereits von Nummern 2.6.1 und 2.6.2 erfasst ist, ersetzt verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Bank die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Bank hat hierbei ein Verschulden, das einer von ihr zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- (2) Die Haftung nach Absatz 1 ist auf 12.500 Euro begrenzt. Diese betragsmäßige Haftungsgrenze gilt nicht
 - für nicht autorisierte Zahlungen,
 - bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Bank,
 - für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, und
 - für den dem Kunden entstandenen Zinsschaden, wenn der Kunde Verbraucher ist.

2.6.4 Ansprüche von Kunden, die keine Verbraucher sind

Abweichend von den Ansprüchen in Nummer 2.6.2 und 2.6.3 haben Kunden, die keine Verbraucher sind, bei einer nicht erfolgten, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten autorisierten Zahlung oder bei einer nicht autorisierten Zahlung neben etwaigen Herausgabeansprüchen nach § 667 BGB und §§ 812 ff. BGB lediglich Schadensersatzansprüche nach Maßgabe folgender Regelungen:

- Die Bank haftet für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- Für das Verschulden der von der Bank zwischengeschalteten Stellen haftet die Bank nicht. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung der ersten zwischengeschalteten Stelle.
- Ein Schadensersatzanspruch des Kunden ist der Höhe nach auf den Lastschriftbetrag zuzüglich der von der Bank in Rechnung gestellten Entgelte und Zinsen begrenzt. Soweit es sich hierbei um die Geltendmachung von Folgeschäden handelt, ist der Anspruch auf höchstens 12.500 Euro je Zahlung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat sowie für nicht autorisierte Zahlungen.

2.6.5 Haftungs- und Einwendungsausschluss

- (1) Eine Haftung der Bank nach Nummern 2.6.2 bis 2.6.4 ist in folgenden Fällen ausgeschlossen:
 - Die Bank weist gegenüber dem Kunden nach, dass der Zahlungsbetrag rechtzeitig und ungekürzt beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist.
 - Die Zahlung wurde in Übereinstimmung mit der vom Zahlungsempfänger angegebenen fehlerhaften Kundenkennung des Zahlungsempfängers ausgeführt. In diesem Fall kann der Kunde von der Bank jedoch verlangen, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen. Ist die Wiedererlangung des Zahlungsbetrags nach Satz 2 dieses Unterpunktes nicht möglich, so ist die Bank verpflichtet, dem Kunden auf schriftlichen Antrag alle verfügbaren Informationen mitzuteilen, damit der Kunde einen Anspruch auf Erstattung des Zahlungsbetrags geltend machen kann. Für die Tätigkeiten nach den Sätzen 2 und 3 dieses Unterpunktes berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.
- (2) Ansprüche des Kunden nach Nummern 2.6.1 bis 2.6.4 und Einwendungen des Kunden gegen die Bank aufgrund nicht oder fehlerhaft ausgeführter Zahlungen oder aufgrund nicht autorisierter Zahlungen sind ausgeschlossen, wenn der Kunde die Bank nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einer nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlung hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Bank den Kunden über die Belastungsbuchung der Zahlung entsprechend dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Schadensersatzansprüche nach Nummer 2.6.3 kann der Kunde auch nach Ablauf der Frist in Satz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist verhindert war.
- (3) Ansprüche des Kunden sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände
 - auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat, und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
 - von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

Anhang: Liste der zu SEPA gehörigen Staaten und Gebiete

Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)

Mitgliedstaaten der Europäischen Union:

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich (einschließlich Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

Weitere Staaten:

Island, Liechtenstein, Norwegen.

Sonstige Staaten und Gebiete

Andorra, Guernsey, Insel Man, Jersey, Monaco, Saint-Pierre und Miquelon, San Marino, Schweiz, Vatikanstadt, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland.



Further details of the Bank are contained in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*)

The present translation is furnished for the customer's convenience only. The original German text of the Terms and Conditions for Payments by Direct Debit under the SEPA Core Direct Debit Scheme Credit Transfers (*Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Basislastschriftverfahren*) is binding in all respects. In the event of any divergence between the English and the German texts, constructions, meanings or interpretations, the German text, constructions, meanings or interpretations shall govern exclusively.

Terms and Conditions for Payments by Direct Debit under the SEPA Core Direct Debit Scheme

Payments which the customer makes to payees by SEPA core direct debit through their account with the Bank shall be subject to the following terms and conditions.

1 General

1.1 Definition

A direct debit is a payment transaction initiated by the payee and debited to the customer's account where the amount of the payment is specified by the payee.

1.2 Charges and changes therein

1.2.1 Charges for consumers

The charges for direct debits shall be set out in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*).

Any changes in the charges for direct debits shall be offered to the customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel with the Bank within the framework of the business relationship, the changes may also be offered through this channel. The changes offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them. Any agreement on amending a charge that concerns a payment by the consumer in excess of the charge for the principal service can only be expressly concluded with the consumer by the Bank.

Changes in charges for the payment services framework contract (current account agreement) shall be governed by No. 12, paragraph 5 of the General Business Conditions (*Allgemeine Geschäftsbedingungen*).

1.2.2 Charges for customers who are not consumers

Charges for payments by customers and any changes in these shall continue to be governed by No. 12, paragraphs 2 to 6 of the General Business Conditions.

2 SEPA core direct debit

2.1 General

2.1.1 Main characteristics of the SEPA core direct debit scheme

The SEPA core direct debit scheme enables the customer to make payments in euros to the payee through the Bank within the Single Euro Payments Area (SEPA). SEPA comprises the countries and territories listed in the Annex.

For the execution of payments by SEPA core direct debit

- the payee and the payee's payment service provider must use the SEPA core direct debit scheme and
- the customer must give the SEPA core direct debit mandate to the payee before the payment transaction.

The payee initiates the respective payment transaction by presenting the direct debits to the Bank through their payment service provider.

If a payment which has been made on the basis of a SEPA core direct debit is authorised, the customer shall be entitled to claim a refund of the amount debited from the Bank. Such claim must be made within eight weeks starting from the date on which the customer's account was debited.

2.1.2 Unique identifiers

The customer must use the IBAN¹ notified to them plus for cross-border payments (outside the European Economic Area²) the BIC³ of the Bank, as their unique identifier vis-à-vis the payee, since the Bank is entitled to execute the payment by SEPA core direct debit solely on the basis of the unique identifier provided to it. The Bank and the intermediary institutions involved will execute the payment to the payee using the IBAN, plus for cross-border payments outside the EEA the BIC, indicated by the payee in the direct debit data set as the customer's unique identifier.

2.1.3 Transmission of direct debit data

When SEPA core direct debits are used, the direct debit data may also be forwarded to the Bank by the payee's payment service provider through the message transmission system of the Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications (SWIFT), which is based in Belgium and has operating centres in the European Union, Switzerland and the United States.

2.2 SEPA direct debit mandate

2.2.1 Giving the SEPA direct debit mandate

The customer shall give a SEPA direct debit mandate to the payee. With it, the customer authorises their Bank to pay SEPA core direct debits drawn by the payee. The mandate must be given in writing or in the manner agreed with their Bank. This authorisation shall at the same time contain the customer's explicit consent to the payment service providers and any intermediary institutions involved in the collection of the direct debit to retrieve, process, transmit and store the personal data required for the execution of the direct debit.

The SEPA core direct debit mandate must contain the following statements by the customer:

- a statement authorising the payee to collect payments from the customer's account by SEPA core direct debit and
- a statement instructing the Bank to pay SEPA core direct debits drawn by the payee on the customer's account.

The SEPA core direct debit mandate must contain the following authorisation data:

- identification of the payee
- creditor identifier

¹International Bank Account Number.

²For member countries, see Annex.

³Bank Identifier Code.

- indication of whether the mandate is for a one-off or recurrent payment
- name of the customer (if available)
- name of the customer's bank and
- customer's unique identifier (see Section 2.1.2).

The direct debit mandate may contain additional details supplementing the authorisation data.

2.2.2 Collection authorisation (*Einzugsermächtigung*) as a SEPA direct debit mandate

If the customer has given collection authorisation (*Einzugsermächtigung*) to the payee, authorising the payee to collect payments from their account by direct debit, the customer thereby instructs the Bank at the same time to pay the direct debits drawn on their account by the payee. With the collection authorisation, the customer authorises the Bank to pay direct debits drawn by the payee. This collection authorisation shall be deemed to be a SEPA direct debit mandate. Sentences 1 to 3 shall apply also to collection authorisation given by the customer prior to the entry into force of these Terms and Conditions.

Collection authorisation must contain the following authorisation data:

- name and address of the payee
- name of the customer
- customer's unique identifier in accordance with Section 2.1.2 or account number (*Kontonummer*) and bank code (*Bankleitzahl*).

Collection authorisation may contain additional details supplementing the authorisation data.

2.2.3 Revocation of the SEPA direct debit mandate

The SEPA direct debit mandate may be revoked by the customer by means of a statement to this effect – if possible, in writing – to the payee or the Bank, with the result that subsequent payment transactions are no longer authorised. If notice of revocation is given to the Bank, it shall take effect from the banking business day, as stated in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*), following the day on which it is received. Notice of revocation should, in addition, be given to the payee so that the payee does not collect any further direct debits.

2.2.4 Limitation and disallowance of SEPA core direct debits

The customer may separately instruct the Bank to limit or disallow payments under SEPA core direct debits. This instruction must be received by the Bank no later than the end of the banking business day, as stated in the "List of Prices and Services", before the due date indicated in the direct debit data set. This instruction should, if possible, be given in writing and to the account-keeping branch of the Bank. It should, in addition, be given to the payee.

2.3 Collection of the SEPA core direct debit by the payee under the SEPA core direct debit mandate

- (1) The SEPA core direct debit mandate given by the customer shall remain with the payee. The payee shall take over the authorisation data and enter any additional details in the data set for collection of SEPA core direct debits. The respective direct debit amount shall be specified by the payee.
- (2) The payee shall send the data set for collection of the SEPA core direct debit to the Bank (payer bank) electronically through their payment service provider. This data set shall also represent the customer's instruction to the Bank in the SEPA direct debit mandate to pay the respective SEPA core direct debit (see Section 2.2.1, sentences 2 and 4 and Section 2.2.2, sentence 2). For delivery of this instruction, the Bank shall waive the form agreed for giving the SEPA direct debit mandate (see Section 2.2.1, sentence 3).

2.4 Payment transaction based on the SEPA core direct debit

2.4.1 Debiting the direct debit amount to the customer's account

- (1) On receipt of SEPA core direct debits drawn by the payee, the amount specified by the payee shall be debited to the customer's account on the due date indicated in the direct debit data set. If the due date is not a banking business day as stated in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*), the account shall be debited on the next banking business day.
- (2) The customer's account shall not be debited or a debit entry shall be cancelled no later than the second bank working day⁴ after it was made (see Section 2.4.2) if
 - the Bank has received notice of revocation of the SEPA direct debit mandate pursuant to Section 2.2.3
 - the customer does not have a sufficient credit balance on the account or sufficient credit for payment of the direct debit (lack of funds); the Bank shall not pay partial amounts

- the payer's IBAN indicated in the direct debit data set cannot be assigned to any account held by the customer with the Bank or
- the direct debit cannot be processed by the Bank because the direct debit data set
 - does not contain a creditor identifier or contains one which is evidently wrong to the Bank
 - does not contain a mandate reference
 - does not indicate the date on which the mandate was given or
 - does not indicate the due date.

- (3) In addition, the customer's account shall not be debited or a debit entry shall be cancelled no later than the second bank working day after it was made (see Section 2.4.2) if this SEPA core direct debit is countermanded by a separate instruction from the customer pursuant to Section 2.2.4.

2.4.2 Payment of SEPA core direct debits

SEPA core direct debits are paid if the debit entry in the customer's account has not been cancelled later than the second bank working day after it was made.

2.4.3 Notification of non-execution or cancellation of the debit entry or refusal of payment

The Bank shall inform the customer without delay, and no later than the time agreed in Section 2.4.4, of non-execution or cancellation of the debit entry (see Section 2.4.1, paragraph 2) or refusal to pay a SEPA core direct debit (see Section 2.4.2). This may be done also through the agreed account information channel. The Bank shall, if possible, state the reasons and indicate ways in which errors that led to the non-execution, cancellation or refusal can be rectified.

For the legitimate refusal to pay an authorised SEPA core direct debit due to a lack of funds (see Section 2.4.1, paragraph 2, second bullet point), the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".

2.4.4 Execution of the payment

- (1) The Bank shall be obligated to ensure that the amount debited by it to the customer's account on the basis of the SEPA core direct debit presented by the payee is received by the payee's payment service provider within the execution period indicated in the "List of Prices and Services" at the latest.
- (2) The execution period shall commence on the due date indicated in the direct debit data set. If this date is not a banking business day as stated in the "List of Prices and Services", the execution period shall commence on the following banking business day.
- (3) The Bank shall inform the customer of the execution of the payment through the agreed account information channel and at the agreed frequency.

2.5 Customer's entitlement to a refund for an authorised payment

- (1) If a payment which has been made on the basis of a SEPA core direct debit is authorised, the customer shall be entitled to claim a no-questions-asked refund of the amount debited from the Bank. Such claim must be made within eight weeks starting from the date on which the customer's account was debited. The Bank shall restore the balance of the customer's account to what it would have been without debiting for the payment. Any claims by the payee against the customer shall not be affected by this.
- (2) The entitlement to a refund under paragraph 1 shall be precluded as soon as the amount of the direct debit entry has been expressly authorised by the customer directly to the Bank.
- (3) The customer's entitlement to a refund for a non-executed or incorrectly executed authorised payment shall be governed by Section 2.6.2.

2.6 Customer's entitlement to a refund, correction and compensation

2.6.1 Refund for an unauthorised payment

If a payment is not authorised by the customer, the Bank shall have no claim against the customer for reimbursement of its expenses. It shall be obligated to refund the amount debited to the customer's account to the customer without delay and to restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the unauthorised payment. This obligation must be fulfilled no later than the end of the business day as indicated in the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*) which comes after the day on which the Bank was notified that the payment is unauthorised, or the Bank has

⁴Bank working days are all working days except Saturdays, 24 and 31 December.

obtained knowledge thereof by other means. If the Bank has informed a competent authority in writing of legitimate reasons for suspecting fraudulent conduct on the part of the customer, the Bank shall be required to consider and to fulfil its obligation arising from sentence 2 without delay if its suspicion of fraud is not confirmed.

2.6.2 Entitlement in the case of non-execution, incorrect or delayed execution of authorised payments

- (1) In the case of non-execution or incorrect execution of an authorised payment, the customer may request the Bank to refund the direct debit amount in full without delay insofar as the payment was not executed or executed incorrectly. The Bank shall then restore the balance of the customer's account to what it would have been without debiting for the incorrectly executed payment transaction.
- (2) Over and above the entitlement under paragraph 1, the customer may request the Bank to refund the charges and interest levied on them or debited to their account in connection with the non-execution or incorrect execution of the payment.
- (3) If the amount of the direct debit does not reach the payee's payment service provider until after expiry of the execution period referred to in Section 2.4.4 (2) (delay), the payee may request the payment service provider to credit the amount of the direct debit to the payee's account as if the payment had been duly executed.
- (4) If a payment transaction was not executed or not executed correctly, the Bank shall, at the customer's request, reconstruct the processing of the payment and inform the customer of the result thereof.

2.6.3 Compensation for neglect of duty

- (1) In the case of non-execution, incorrect execution or delayed execution of an authorised payment, or if a payment is unauthorised, the customer may request the Bank to provide compensation for any loss or damage not already covered by Sections 2.6.1 and 2.6.2. This shall not apply if the Bank is not responsible for the neglect of duty. The Bank shall be liable in this connection for any fault on the part of an intermediary institution to the same extent as for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- (2) Liability under paragraph 1 shall be limited to € 12,500. This limitation on liability shall not apply to
 - unauthorised payments
 - cases of deliberate intent or gross negligence by the Bank
 - risks which the Bank has assumed on an exceptional basis and,
 - if the customer is a consumer, loss of interest incurred by the customer.

2.6.4 Entitlement of customers who are not consumers

By way of derogation from the entitlement under Sections 2.6.2 and 2.6.3, customers who are not consumers shall only have a claim for compensation – besides any claims for restitution under Sections 667 and 812 ff. of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) – for an authorised payment that is not executed, not executed correctly or executed with a delay or for an unauthorised payment in accordance with the following rules:

- The Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- The Bank shall not be liable for any fault on the part of intermediary institutions chosen by it. In such cases, the Bank's liability shall be limited to the careful selection and instruction of the first intermediary institution. The amount of the customer's claim for compensation shall be limited to the amount of the direct debit, plus the charges and interest levied by the Bank.
- Where claims for consequential loss or damage are asserted, such claims shall be limited to a maximum of € 12,500 per payment. This limitation of liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis or to unauthorised payments.

2.6.5 Preclusion of liability and objection

- (1) Any liability by the Bank under Sections 2.6.2 to 2.6.4 shall be precluded in the following cases:
 - The Bank proves to the customer that the full amount of the payment reached the payee's payment service provider in due time.
 - The payment was executed in conformity with the incorrect unique identifier of the payee provided by the payee. In this case, the customer may, however, request the Bank to make reasonable efforts to recover the amount of the payment. If it is not possible to recover the amount of the payment pursuant to sentence 2 of this bullet point, the Bank shall be obligated to provide to the customer, at the customer's written request, all available information so that the customer can assert a claim for a refund of the amount of the payment. For its activities pursuant to sentences 2 and 3 of this bullet point, the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".
- (2) Any claims by the customer under Sections 2.6.1 to 2.6.4 and any objections by the customer against the Bank as a result of non-execution or incorrect execution of payments or as a result of unauthorised payments shall be precluded if the customer fails to inform the Bank thereof within a period of 13 months at the latest after being debited for an unauthorised or incorrectly executed payment. This period shall start to run only once the Bank has informed the customer about the debit entry for the payment through the agreed account information channel no later than one month after the debit entry was made; otherwise the date on which the customer is informed shall determine when the period commences. The customer may assert claims for compensation under Section 2.6.3 also after expiry of the period referred to in sentence 1 if they were prevented, through no fault of their own, from adhering to this period.
- (3) Any claims by the customer shall be precluded if the circumstances substantiating a claim
 - are based upon an exceptional and unforeseeable event on which the Bank has no influence and whose consequences could not have been avoided even by exercising due diligence or
 - were brought about by the Bank as a result of a statutory obligation.

Annex: List of SEPA countries and territories

Countries belonging to the European Economic Area (EEA)

Member states of the European Union:

Austria, Belgium, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Czech Republic, Denmark, Estonia, Finland, France (including French Guiana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Germany, Greece, Hungary, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Netherlands, Poland, Portugal, Romania, Slovak Republic, Slovenia, Spain, Sweden.

Further countries:

Iceland, Liechtenstein, Norway.

Other countries and territories:

Andorra, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Monaco, Saint-Pierre-et-Miquelon, San Marino, Switzerland, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Vatican City State.